

Landtag fordert Zahlen, Daten, Fakten

Solidarität Die Altersarmut hat sich gemäss der Regierung nicht erhöht – doch die Erfahrung zeigt dem Grossteil des Landtags ein anderes Bild. Deshalb fordern Abgeordnete vom Ministerium fundierte Grundlagen. Ein neuer Armutsbericht soll diese liefern.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Wie ist es um die Altersarmut in Liechtenstein bestellt? Um diese Frage zu klären, hat die VU eine Interpellation zur finanziellen Situation im **Rentenalter** gestellt – und nun Antworten erhalten. Die Regierung bestätigt die Annahmen und Vermutungen der VU zum Teil und zeigt Handlungsbedarf auf. Doch andere Fakten haben eher überrascht. Im Rahmen der gestrigen Diskussion im Landtag zeigte sich auch, dass die Meinung der Regierung und einiger Abgeordneter weit auseinandergehen. Während Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini keine Erhöhung der Altersarmut feststellen kann, ein «durchwegs positives» Bild zeichnet und aufzeigt, wie gut die Sozialwerke funktionieren, zweifeln zahlreiche Abgeordnete daran, ob die Interpellationsbeantwortung überhaupt die Realität abbildet. Ihr subjektives Empfinden und Erfahrungsbilder zeigen ihnen ein anderes Bild in Bezug auf Altersarmut.

«Zusätzliche Anreize für Vorsorge schaffen»

«Es war uns ein Anliegen, eine Faktenlage zu schaffen, die das Ausmass relativer Armut in Liechtenstein und die dazu führenden Gründe erfassbar machen. Und es war uns wichtig, in Erfahrung zu bringen, inwieweit einkommensschwachen Rentnern angesichts des hohen allgemeinen Lebensstandards ein angemessenes Dasein ermöglicht wird», so die

VU-Landtagsabgeordnete Violanda Lanter zu den Gründen der Interpellation. Mit Spannung habe sie auch die Beantwortung einer weiteren Interpellation von Johannes Kaiser erwartet, welcher im Nachgang noch zusätzliche Fragen über die generelle Einkommenssituation von Rentnern gestellt habe. Diese sei dem Landtag jedoch erst Tags zuvor gestellt worden, sodass kein intensives Studium mehr möglich gewesen sei. «Die Folgerung der Regierung lässt aber erahnen, dass sie weiterhin keinen Handlungsbedarf erkennt», bedauert Lanter. Und auch in der Beantwortung der Interpellation der VU teilt die Regierung die Ansicht, dass die heute bestehenden Unterstützungsmöglichkeiten für Rentner ausreichen.

«Um den fehlenden Handlungsbedarf noch zusätzlich zu untermauern, erinnert uns das Ministerium wieder einmal an unsere Eigenverantwortung. Es habe sich eine gewisse Gleichgültigkeit der Altersvorsorge gegenüber eingeschlichen», zitierte Lanter aus der Beantwortung der Regierung. Sie teilt diese Ansicht aber nur bedingt. «Nicht alles im Leben ist planbar und man kann auch unverschuldet in eine Altersarmut abrutschen.» Grundsätzlich unterstützt sie die Regierung aber in ihrem Ansatz und fordert deshalb dazu auf, zusätzliche Anreize für die private Vorsorge zu schaffen. «Zum Beispiel in Form von zusätzlichen Steuerabzugsmöglichkeiten.» Und last, but not least sei das Thema Aufklärung und Sensibilisierung in Bezug auf



Violanda Lanter (VU) sieht den Staat in Bezug auf Aufklärung und Sensibilisierung zuvorderst in der Pflicht.

Bild: Tatjana Schnalzger

die Altersvorsorge eine Daueraufgabe, bei der sie den Staat zuvorderst in der Pflicht sieht. Die Schlussfolgerungen der Regierung können auch Johannes Kaiser (PF) und Thomas Lageder nicht teilen. «Das subjektive Empfinden und Erfahrungsberichte zeigen ein anderes Bild. Ein Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich ist feststellbar, eine Verschärfung dieser Kluft ist spürbar», so Lageder. Die Regierung setze dennoch auf Selbst- oder Eigenverantwortung, womit die gelebte Solidarität je länger je mehr aufgeweicht werde. Und auch Johannes Kaiser betonte: «Die Quote der **Ergänzungsleis-**

tungsbezüger ist als Gradmesser nicht wirklich tauglich und sagt nichts über den abnehmenden Lebensstandard der Rentner aus. Ich habe einen anderen Eindruck als die Regierung gewonnen.»

Enttäuscht darüber, dass die Regierung keinen weiteren Armutsbericht erstellen will, zeigte sich VU-Fraktionssprecher Günter Vogt und kritisierte Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini dafür scharf. «Zu behaupten, es habe sich in den letzten Jahren nichts verändert, zeigt die Gering-schätzung der Regierung gegenüber unserem Sozialwesen.» Und auf dem hohen Ross sitzend werde dann so getan, als seien Pro-

teste, wie am Mittwoch in Vaduz gegen die hohen Gesundheitskosten stattgefunden, übertrieben. Günter Vogt forderte: «Lassen Sie endlich die Konjunktive, was Sie könnten, sollten oder würden und machen Sie einfach. Geben Sie einen neuen Armutsbericht in Auftrag, damit wir in Zahlen messen können, was sich in Liechtenstein bewegt», so Vogt. Der Landtag sei auf fundierte Zahlen angewiesen – die Regierung sei aufgefordert, diese zu liefern und damit eine Vergleichbarkeit zu schaffen, um die Entwicklung ablesen zu können. «Wenn die Zahlen dann belegen, dass es allen blendend geht, lasse ich mich von ihren Aus-

sagen überzeugen. So lange bleibe ich aber skeptisch.»

«Unterscheiden, was die Politik beeinflussen kann»

«Wir haben die besten Datenquellen – die Steuerdaten – für die Auswertung genommen. Aussagekräftiger geht es kaum», wehrte sich Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini gegen den Vorwurf, es liege kein aussagekräftiges Zahlenmaterial vor. «Es ist hinreichend präzise, um uns ein Bild von den Zuständen im Land zu machen. Weitergehende Untersuchungen würden einen gläsernen Bürger bedingen» Fakt sei, dass in Liechtenstein ein gutes Sozialsystem aufgebaut worden sei, in dem alle möglichen Risiken abgedeckt seien. Dadurch sei eine gewisse «Unbedarftheit» gegenüber der Alterssorge entstanden. «Da stimme ich Ihnen zu – hier müssen wir besser aufklären.» Er betonte zudem noch einmal, dass die Prämien für die OKP in den letzten beiden Jahren nicht angestiegen sind, allerdings aber jene für die Zusatzversicherungen. «Privat und Halbprivat sind aber nicht gesetzlich vorgeschrieben und es obliegt jedem Einzelnen, zu entscheiden, ob er sich diesen Luxus gönnen will oder nicht.» Der Gesetzgeber sei allerdings nur für die Obligatorische Krankenpflegeversicherung zuständig – der Rest sei dem Markt überlassen. «Ich anerkenne aber, dass sehr viele Einwohner diese Unterscheidung nicht so genau machen können – es muss Aufklärungsarbeit erfolgen, was die Politik beeinflussen kann und was nicht.»